

Austritt heimlich, ganz still und leise

USA haben Pariser Klimaabkommen verlassen

Von Teresa Dapp

Washington/Berlin. Am Tag nach der Präsidentenwahl sind die USA offiziell aus dem Pariser Klimaabkommen der Vereinten Nationen ausgeschieden. Klimaschutz und auch die Bundesregierung bedauern den Schritt, den Präsident Donald Trump ein Jahr zuvor in die Wege geleitet hatte. Für die internationale Klimapolitik sei das „höchst bedauerlich“, sagte Regierungssprecher Steffen Seibert am Mittwoch in Berlin. „Um so wichtiger“ bleibe es nun, dass die EU und Deutschland „mit gutem Beispiel vorangehen“.

Die Kündigung trat am Mittwoch um Mitternacht New Yorker Ortszeit in Kraft, wie das Klimasekretariat der Vereinten Nationen zuvor erklärt hatte – genau vier Jahre, nachdem die 2015 in Paris ausgehandelte historische Vereinbarung zur Begrenzung des Klimawandels in Kraft getreten war, und ein Jahr nach der formellen Austrittserklärung der US-Regierung. Die USA sind das erste und bisher einzige Land, das das Klimaabkommen verlassen hat. Sie haben weltweit den zweithöchsten Treibhausgas-Ausstoß nach China, bei deutlich weniger Einwohnern.

Ziel der Vereinbarung ist, den Klimawandel auf deutlich unter zwei Grad zu begrenzen. Bestimmte Details zur Umsetzung werden bis heute verhandelt, aber im Großen und Ganzen stehen die Regeln. Bisher reichen die Pläne der Staaten für die Reduktion von Treibhausgas-



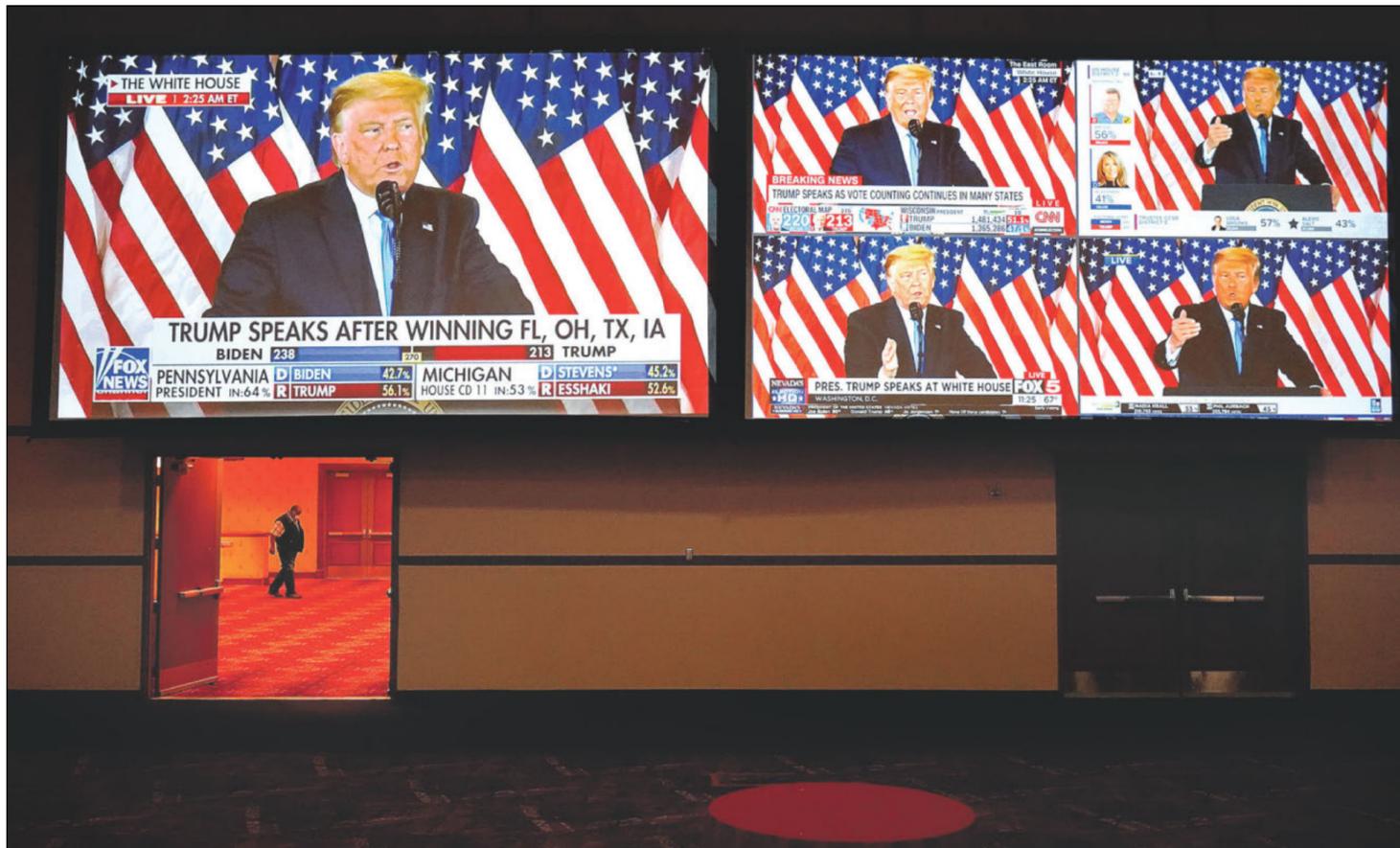
Tages-
thema

sen noch längst nicht aus, um das Zwei-Grad-Ziel einzuhalten. Die Folgen der Klimakrise sind bereits weltweit spürbar – dazu gehören etwa ein Anstieg der Meeresspiegel, ein höheres Risiko von Dürren, Hitzewellen, schweren Stürmen und Überschwemmungen, aber auch das Abschmelzen von Gletschern und der Eisflächen an den Polen oder das Absterben von Korallenriffen.

Sogar Putin kündigt ein Minus von 70 Prozent an

US-Präsident Donald Trump hat seit seinem Amtsantritt im Januar 2017 viele politische Vorgaben zum Klima- und Umweltschutz rückgängig gemacht. Trumps Herausforderer Joe Biden hatte dagegen angekündigt, dem Pariser Klimaabkommen wieder beizutreten und das Ziel zu verankern, die US-Wirtschaft bis 2050 klimaneutral zu machen – das heißt, dass unterm Strich keine zusätzlichen Treibhausgase mehr in die Atmosphäre gelangen. Auch die Europäische Union will bis 2050 klimaneutral werden.

Sogar Russland – bisher nicht als Vorreiter beim Klimaschutz bekannt – will mehr gegen den Klimawandel tun. Präsident Wladimir Putin wies am Mittwoch eine Senkung des Ausstoßes von Treibhausgasen um 70 Prozent des Niveaus von 1990 an. Das Ziel solle bis 2030 erreicht werden, hieß es. Russland beklagt, dass der Temperaturanstieg in dem Land deutlich stärker sei als in anderen Regionen. Besondere Sorge bereitet Wissenschaftlern, dass die Permafrostböden in Sibirien auftauen und gigantische Mengen Methangas freigeben.



Ansprache des Anstoßes: Eine Live-Übertragung der Rede von Präsident Donald Trump aus dem Weißen Haus wird auf den Bildschirmen einer Wahlparty in Las Vegas gezeigt. Foto: dpa

„Es bleibt sehr viel von Donald Trump“

Der Amerika-Historiker Detlef Junker über die Wähler des Präsidenten, die Spaltung der USA und das politische Erbe des Republikaners

Von Christian Altmeier



Heidelberg. Der Historiker Detlef Junker (81/Foto: privat) ist Gründungsdirektor Emeritus des Heidelberg Center for American Studies und Senior Professor Distinctus der Universität Heidelberg.

Herr Professor Junker, die Wahl ist nicht entschieden, aber Donald Trump hat besser abgeschnitten als prognostiziert. Woran liegt das?
Es gibt mehrere Hauptmotive für die Unterstützung des Präsidenten. Das erste ist der weiße Nationalismus, der oft mit einer rassistischen Grundeinstellung gekoppelt ist. Dieses Motiv spielt besonders bei weißen Männern eine Rolle. Sie wehren sich gegen eine multikulturelle Gesellschaft und versuchen, die politische Konsequenzen dieses Wandels in den USA aufzuhalten. Die zweite Gruppe, die unverbrüchlich zu Trump hält, sind die Evangelikalen, die einen erheblichen Teil der amerikanischen Bevölkerung ausmachen. Für sie ist etwa der Kampf gegen Abtreibung wichtig, und sie begrüßen auch Trumps Israel-Politik.

Welche sonstigen Gründe gibt es?
Ganz entscheidend für viele Anhänger der Republikaner ist zudem die Ablehnung einer starken Regierung. Für sie ist die beste Regierung keine Regierung, weil diese ihre Freiheiten beschneidet. Ein nicht zu unterschätzender Teil der Amerikaner hält etwa das europäische Modell einer sozialen Marktwirtschaft für eine Form des Sozialismus. Mit diesem Kampfbegriff kann man sie nachhaltig verschrecken, was Trump offensichtlich gelungen

ist. Es gibt außerdem einen immer stärker werdenden Kulturkampf in den USA zwischen der Bevölkerung in den ländlichen Gebieten und in den Städten, die nicht nur geographisch in unterschiedlichen Welten leben. Und nicht zuletzt kann sich Trump auf die Unterstützung all jener Amerikaner verlassen, die zu den Gewinnern an den Finanzmärkten gehören.

Sein Versagen im Kampf gegen die Corona-Pandemie hat ihm offensichtlich kaum geschadet. Woher kommt das?

Das ist zum Teil eine soziale Frage. Denn die Pandemie trifft die unteren Schichten besonders hart, die meist eher den Demokraten zuneigen oder gar nicht wählen. Unter den Anhängern der Republikaner finden sich hingegen viele Besserverdiener, die weniger schlimm betroffen sind.

Welche Rolle spielen die Medien?

Das ist kaum zu überschätzen. Die öffentliche Sphäre hat sich grundlegend gewandelt. Häufig wird zwischen Fakten und Meinung überhaupt nicht mehr getrennt, und viele Amerikaner sind gar nicht mehr in der Lage, an unabhängige Informationen zu gelangen. Der populäre Kanal Fox News etwa ist ein reiner Propagandasender für Trump. Die „Fake News“ kommen nicht nur vom Präsidenten selbst.

Was bedeutet das für die politische Verfassung der USA?

Die USA befinden sich in einer Art Vorbürgerkriegssituation. Der Riss zieht sich selbst durch Familien hindurch. Es werden auch immer weniger Ehen geschlossen, in denen die Partner unterschiedliche politische Präferenzen haben. Es gibt also eine fundamentale Spaltung.

Gibt es eine Chance, die Spaltung zu überwinden?

Ich bin da sehr skeptisch. Ich sehe nicht, woher die politischen Kräfte kommen sollen, die eine Wiederannäherung ermöglichen. Biden wäre als Versöhner sicher besser geeignet als Trump. Aber auch er wird die Gegensätze wohl nicht überwinden können.

Ist das politische System den Anforderungen noch gewachsen?

Nein, ich glaube nicht. Das politische System hält den aktuellen Belastungen nicht stand. Außerdem ist Trump als „großer Ruinierer“ gerade dabei, dieses politische System zu zerstören. Der Staat wird



„Zählt alle Stimmen aus!“, fordert ein demokratischer Demonstrant in Washington am Wahlabend. Foto: dpa

entkernt, die Ministerien werden ausgedünnt, kompetente Leute wurden durch Loyalisten ersetzt. Er hat außerdem keinerlei Verhältnis zum Rechtsstaat und stellt demokratische Grundwerte immer wieder unverhohlen in Frage, wie man ja auch an seiner Forderung sieht, die Auszählung der Stimmen zu stoppen.

Warum hört man von den Republikanern keinen Widerspruch?

Die alte republikanische Partei gibt es nicht mehr. Sie ist eine reine Trump-Partei geworden. Der Druck, den Trump auf die Basis ausübt, ist so groß, dass kein Mandatsträger mehr wagt, ihm zu widersprechen.

Wie ginge es nach Trump mit den Republikanern weiter?

Ich fürchte, sie werden an einem Kurs festhalten, den die rechten Republikaner seit Jahrzehnten eingeschlagen haben. Ich sehe keine Anzeichen dafür, dass die Republikaner wieder stärker in die politische Mitte rücken. Auch der Druck der Evangelikalen, der Waffenlobby und anderer Gruppen wird ja bleiben.

Und was bleibt von Trump, wenn er die Wahl verlieren sollte?

Es bleibt sehr viel. Man kann nicht zweimal in den gleichen Fluss steigen. Was zerstört ist, muss mühsam wieder aufgebaut werden, wie zum Beispiel das Ansehen der USA in der Welt. Der Verlust der Weltführungsrolle und der Verlust an Einfluss in Asien und Europa lässt sich nicht so leicht wieder ausgleichen. Biden müsste auch multilaterale Abkommen wieder in Kraft setzen, was er beim Klima wohl auch tun würde. Wie er gegenüber Russland und China agieren würde, ist noch nicht klar abzusehen. Auch Biden ist ja ein Kritiker der Politik beider Staaten.

Haben die Gerichte das letzte Wort?

US-Präsident Donald Trump will bei einer Niederlage das Ergebnis nicht anerkennen – Supreme Court könnte Zünglein an der Waage spielen

Washington. (dpa) Letztlich könnte es auf die Gerichte ankommen: Amtsinhaber Donald Trump hat sich bei der US-Präsidentenwahl schon vorab zum Sieger erklärt, Herausforderer Joe Biden will erst die Auszählung abwarten. Fällt diese nicht zugunsten Trumps aus, will dieser das Oberste Gericht anrufen. Die Wahrscheinlichkeit, dass Gerichte bei der Wahl ein Wort mitzureden haben, stieg damit.

Welche Folgen haben Trumps Aussagen? Sie haben zunächst einmal keinerlei rechtliche Wirkung. Um die Wahl anzufechten oder die weitere Auszählung abgegebener Stimmen zu stoppen, müssten er und seine Republikaner in den betroffenen Bundesstaaten klagen. Sie dürften sich dabei auf Staaten konzentrieren, in

denen ein knappes Ergebnis erwartet wird – wie zum Beispiel Pennsylvania. Erst wenn der Rechtsweg dort ausgeschöpft ist, könnten Streitfälle vor dem Supreme Court in Washington landen.

Heimspiel für Trump am Supreme Court? Bereits vor der Wahl hatte es zahlreiche Klagen gegeben, die in mehreren Fällen beim Obersten Gericht gelandet waren. Meist ging es dabei um sehr technische Fragen. Ein Thema war zum Beispiel die Frage, ob eine Frist zur Annahme von Stimmzetteln von einem Gericht geändert werden kann oder nur vom Parlament des betroffenen Bundesstaats. Bei den Entscheidungen des Obersten Gerichts ließ sich in der Summe keine klare parteiliche Tendenz erkennen. Trump hat am Su-

preme Court einen Heimvorteil: Sechs der neun Richter gelten als konservativ, drei davon hat der Republikaner selbst nominiert. Die erst Ende Oktober ernannte konservative Richterin Amy Coney Barrett hat sich zuletzt bei mehreren Entscheidungen zur Wahl enthalten. In jedem Fall können die Richter nicht über den Ausgang der Wahl an sich entscheiden; sie können aber über die Gültigkeit von Fristen, Auszählungsregeln oder bestimmten Stimmen entscheiden.

Könnten die Richter doch die Wahl entscheiden? Wegen des Mehrheitswahlrechts könnte die Wahl in einem Bundesstaat mit einem Vorsprung von nur ein paar Hundert Stimmen entschieden werden. Bei einem knappen Wahlausgang

könnte daher selbst eine von der Tragweite an sich geringere Gerichtsentscheidung zur Zulassung bestimmter Stimmen das Wahlergebnis verändern. Demokraten und Republikaner haben schon vor der Wahl zahlreiche Anwälte engagiert. Jeder Streit dürfte mit allen Mitteln – und bis zur höchsten Instanz – ausgefochten werden.

Gab es das schon einmal? Im Jahr 2000 gab es eine wochenlange Hängepartie: Ob George W. Bush oder Al Gore der nächste Präsident würde, hing damals nur am Auszählungsergebnis im bevölkerungsreichen Bundesstaat Florida. Der Rechtsstreit um das Ergebnis und Neuauszählungen zog sich einen Monat hin, bis das Oberste Gericht eine weitere Aus-

zählung stoppte. Danach räumte Gore seine Niederlage ein. Bush gewann Florida mit 537 Stimmen Vorsprung, sicherte sich die Wahlleute des Staates und wurde mit 271 zu 266 Wahlmännerstimmen US-Präsident.

Bis wann muss Klarheit herrschen? Die Bundesstaaten müssen ihre Endergebnisse bis 8. Dezember beglaubigen und nach Washington melden. Diese Frist, als „safe harbor“ bezeichnet (sicherer Hafen), war zum Beispiel 2000 bei Gores Entscheidung, seine Niederlage einzuräumen, entscheidend. Die Abstimmung der Wahlleute soll dieses Jahr am 14. Dezember erfolgen. Das Ergebnis wird am 6. Januar im Kongress bekanntgegeben, am 20. Januar wird der Wahlsieger vereidigt.